

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Andrej Hunko, Jan van Aken, Christine Buchholz, Annette Groth, Inge Höger, Ulla Jelpke, Jan Korte, Dr. Alexander S. Neu, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Zusammenarbeit mit Libyen zur Kontrolle der Landgrenzen

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat das Mandat der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen (UNSMIL) in Libyen mit der Resolution 2323 (2016) am 13. Dezember 2016 um neun Monate verlängert. Sobald möglich will UNSMIL ihre dauerhafte Präsenz in Tripolis wiederherstellen, derzeit hat aus Europa nur Italien seine Botschaft in Tripolis offiziell wieder eröffnet (Bundestagsdrucksache 18/11329). Weitere Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie die Bundesregierung „beobachten die Lage vor Ort“. Zur Aufgabe von UNSMIL gehört unter anderem die Konsolidierung der libyschen Einheitsregierung und ihrer Unterstützung zur „Stabilisierung von Postkonfliktzonen sowie libyschen Schlüsselinstitutionen“. Eine dieser Schlüsselinstitutionen ist die Präsidialgarde, die nach Angaben von UNSMIL bereits 137 Mitglieder in Tripolis im Einsatz hat.

Auch die eigentlich zivile GSVP-Mission EUBAM Libyen soll möglichst bald wieder in Libyen präsent sein (Bundestagsdrucksache 18/11329). Dazu hat EUBAM Libyen eine Lagefeststellung im Bereich Grenzüberwachung durchgeführt und die hiermit beauftragten Behörden recherchiert und dargestellt. Der Bericht wurde am 25. Januar 2017 fertig gestellt und dem Rat der Europäischen Union übergeben. Fast vier Wochen später erklärt Walter J. Lindner, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, keine Kenntnis über den Inhalt zu haben. Drei Tage zuvor wurde das Papier jedoch auch von der britischen Bürgerrechtsorganisation Statewatch veröffentlicht (<http://gleft.de/1CJ>). Schon jetzt arbeitet EUBAM Libyen mit dem von der libyschen Einheitsregierung geschaffenen „National Team for Security and Border Management“ zusammen und hält unter anderem monatliche „Workshops“ ab.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele offizielle Grenzübergangsstellen (Luft, Land, See) existieren nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in Libyen, und welche davon werden derzeit von der Einheitsregierung in Tripolis kontrolliert?
2. Welche auf Libyen ausgerichteten Projekte zur Steuerung der Migration über die Südgrenze und für die regionale Sicherheitszusammenarbeit in der Sahelzone betreffend Libyen (insbesondere im Rahmen der G5) werden nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des EU-Stabilitäts- und Friedensinstruments unterstützt?
3. Was ist der Bundesregierung über Pläne bekannt, ähnlich wie im EU-Türkei-Abkommen einen EU-Koordinator für die militärische, polizeiliche und grenzpolizeiliche Zusammenarbeit in Libyen zu benennen?

4. Auf welche Weise könnten die Missionen UNSMIL und EUBAM Libyen aus Sicht der Bundesregierung durch europäische Polizei- und Gendarmerieeinheiten besser unterstützt werden?
 - a) Was ist der Bundesregierung über Diskussionen bekannt, das Zentrum von Europol (Europäisches Polizeiamt) gegen „Migrantenschmuggel“ (ECMS) mit der Schleuserbekämpfung in Libyen zu beauftragen?
 - b) In welchen gemeinsamen Ermittlungsteams sind europäische Behörden derzeit in Nachbarländern Libyens mit der Verfolgung des sogenannten Menschenschmuggels befasst?
 - c) Was ist der Bundesregierung über Diskussionen bekannt, auch die Europäische Gendarmerietruppe (EUROGENDFOR) in Libyen mit Aufgaben zu betrauen?
5. Was ist der Bundesregierung über die Arbeitsfähigkeit des Büros von INTERPOL (internationale Polizeiorganisation) in Libyen bekannt, und bei welcher Behörde ist dieses angesiedelt?
 - a) Welche Beziehungen unterhält das Büro derzeit zu INTERPOL?
 - b) Welche neuen Maßnahmen bzw. Projekte sind in welchen Bereichen geplant?
6. Welche Phänomene „extremistischer Kriminalität“ (https://www.bka.de/EENeT/EN/Structure/structure_node.html) werden in dem vom Bundeskriminalamt (BKA) geleiteten Projekt „Politisch motivierte Kriminalität im Lichte aktueller Migrationsströme – eine länderübergreifende Situationsbeschreibung und Entwicklung praktischer Präventionsmaßnahmen“ (PoMigra) beforscht, und welche Aufgaben werden von den weiteren Teilnehmenden des im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit (ISF) in der Förderperiode von 2014 bis 2020 geförderten Projekts außer der Erstellung nationaler Lageberichte jeweils erbracht (bitte die Aufgaben den Teilnehmenden zuordnen)?
7. In welchen Funktionen sind Polizeivollzugsbeamte der Bundespolizei bei dem EU-Polizeiamt Europol in Den Haag tätig (Bundestagsdrucksache 18/11218, Frage 12)?
8. Was ist der Bundesregierung über die Existenz und die Arbeitsfähigkeit libyscher Geheimdienste (auch unter der Tobruk-Regierung) bekannt, und zu welchen der Dienste haben deutsche Behörden Arbeitskontakt?
9. Inwiefern sind die Geheimdienste auch in die Grenzüberwachung eingebunden?
10. Was ist der Bundesregierung über Pläne bekannt, für die Finanzierung sicherheitspolitischer Maßnahmen in Libyen verstärkt das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI), das Friedens- und Stabilitätsinstrument (IcSP), den ISF „Grenzen und Visa“ und „Polizei“ oder den EU Trust Fund for Africa (EUTF) zu nutzen?
11. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern die EU-Missionen in Mali und Niger durch die Eurosur Fusion Services der Grenzagentur Frontex unterstützt werden sollen?

12. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern die Europäische Union eine zweite Stufe der Sicherheitssektorreform in Tunesien unterstützen will?
 - a) Was ist der Bundesregierung über Inhalte einer neuen Sicherheitsvereinbarung zwischen Algerien und Tunesien hinsichtlich der Überwachung libyscher Grenzen bekannt (<http://alwasat.ly/ar/news/libya/134875/>)?
 - b) Inwiefern liegen der Bundesregierung, wie von Alwasat Libya berichtet, ebenfalls Hinweise vor, dass die USA von einem tunesischen Luftwaffenstützpunkt mit Drohnen zur Grenzsicherung in Richtung Libyen operieren und dies vom Präsidenten Tunesiens genehmigt wurde?
13. Welche Hilfe hat die Bundeskanzlerin dem ägyptischen Präsidenten bei der Sicherung der Grenze zu Libyen zugesagt, und durch welche Maßnahmen soll verhindert werden, dass eine neue Fluchtroute über Ägypten etabliert wird (quantara.de vom 6. März 2017, „Von der Kurzsichtigkeit deutscher Außenpolitik“)?
14. Welche einzelnen Inhalte hat der BKA-Präsident mit dem ägyptischen Botschafter in einem Gespräch über die Themen „Terrorismusbekämpfung und illegale Migration“ besprochen, und welche Verabredungen wurden getroffen (<http://gleft.de/1Dv>)?
15. Auf welche Weise will die Europäische Union, wie vom EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos angekündigt, nach Kenntnis der Bundesregierung ihre Zusammenarbeit mit Ägypten in den Bereichen Migration und Sicherheit weiter vertiefen (<http://gleft.de/1Dx>)?
16. Wie viele Mitglieder hat die Präsidialgarde nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in Tripolis im Einsatz?
 - a) Welche Regierungen unterstützen die libysche Präsidialgarde mit Ausrüstung oder Ausbildung, und worin bestehen entsprechende Module?
 - b) Was ist der Bundesregierung über eine geplante Konferenz der Präsidialgarde bekannt, und welchem Zweck soll diese dienen?
17. Was ist der Bundesregierung über die Stärke und die teilnehmenden Milizen einer neu gebildeten „Libyan National Guard“ (LNG) bekannt, und wer übt die Befehlsgewalt über die Truppe aus (Libya Herald vom 11. Februar 2017, „Washington alarmed at new military formation in Tripoli“)?
18. Welche „Workshops“ hat das von der libyschen Einheitsregierung geschaffene „National Team for Security and Border Management“ mit europäischen Grenzbehörden nach Kenntnis der Bundesregierung abgehalten (Bundestagsdrucksache 18/11329), und welche zivilen oder militärischen Behörden nahmen daran teil?
19. Was ist der Bundesregierung über die Teilnehmenden des „Ausschusses EU-Libyen zum integrierten Management der Landgrenzen“ für den Austausch über das Grenzmanagement bekannt (Ratsdok. 5684/1/17)?
20. Was ist der Bundesregierung über den Aufbau und Inhalt von „Intelligence Notifications“ bekannt, die von der Europol-Meldestelle für Internetinhalte und dem Europol-Zentrum gegen Migrantenschmuggel an die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten verteilt werden (<http://gleft.de/1CY>), und zu welchen Fällen hat sie selbst solche Berichte erhalten?
21. Auf welche Weise könnte die Africa-Frontex Intelligence Community aus Sicht der Bundesregierung für die Risikoanalyse und kurzfristige Missionen genutzt werden, um mit deren Unterstützung Migrationsrouten und ihre mögliche Verlagerung aufzudecken?

22. Inwiefern könnten aus Sicht der Bundesregierung auch Regionalprogramme wie „Euromed Migration IV“ oder „Mediterranean City to City Migration Profiles“ zu Beratungen über das Thema „Schleusungsbekämpfung in Libyen und den angrenzenden Ländern“ genutzt werden?
23. Was ist der Bundesregierung über die Umsetzung von Vorschlägen der Europäischen Union bekannt, die libyschen Behörden mit technischer Ausrüstung, Fahrzeugen „und anderen Elementen“ zu versorgen, um die Kontrolle der libyschen Landgrenze zu den Nachbarstaaten „zu optimieren“ (Ratsdok. 5684/1/17)?

Berlin, den 8. März 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion